

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

9. März 2011

Rheintal stirbt vor sich hin

Pro Rheintal fordert Bund und Bahn auf, jetzt endlich zu handeln!

Der Westen der Bundesrepublik bekommt immer mehr „blaue Flecken“, und zwar auf den Karten von Prognos, dem renommierten Wirtschaftsforschungsinstitut, das jährlich die Zukunftschancen der Regionen untersucht. Von den hoffnungsvollen Gebieten im kräftigen Rot oder Orange, die für gute Zukunftsaussichten stehen, gibt es 2010 entlang des Rheins nur noch ganz wenige. Dafür werden die blassen bis bläulich fröstelnden Flecken immer mehr, die nichts Gutes verheißen.

Leider gibt es durch die Gebietsreform keine reinen Rheintal-Kreise mehr, sonst würde das ganze Desaster auf einen Schlag sichtbar: Viele der Rheingemeinden haben inzwischen mehr als die Hälfte ihrer Einwohner verloren. Häuser und Wohnungen stehen leer und sind schon für unter 10.000 Euro zu haben. Die Orte machen einen Eindruck, als sei die Zeit auf dem Niveau der 1960er- oder 70er-Jahre stehen geblieben. In Stolzenfels gibt es – makaber genug – nur noch ein oder zwei Geschäfte und einen Tierbestatter. Einzelne Gemeinden, in denen sich Bürger engagieren und die Verbundenheit mit ihrer Stadt noch nicht aufgegeben haben, sehen da zumindest äußerlich besser aus. Doch auch hier fehlen die Arbeitsplätze, um junge Menschen zu binden und die Orte auf Dauer am Leben zu halten.

Punktuelle Renovierungsmaßnahmen können nicht über den seit Jahrzehnten anhaltenden Investitionsstau und Verfall hinwegtäuschen. Auch nicht darüber, dass die Infrastruktur von lebendigen Urlaubsorten völlig anders aussieht als das, was davon in einst so bedeutenden Touristenstädten wie Boppard, Oberwesel, St. Goar oder Bacharach noch übrig geblieben ist.

Schuld daran ist vor allem der Bahnlärm, sagt Pro Rheintal. Dieser Erkenntnis des Bürgernetzwerks schließen sich auch immer mehr Politiker und Landräte an. Denn sieht man einmal vom Bahnlärm ab, gibt es exzellente Voraussetzungen, um das Rheintal und den Rheingau wieder zu echten Juwelen der internationalen Touristik werden

zu lassen. Wie die Tourismusmesse ITB in Berlin gerade gezeigt hat, werden in naher Zukunft unter anderem Touristenströme aus Indien und China erwartet, bei denen ein Besuch des Rheintals zum Programm gehört.

Der Welterbetitel und die vielen kulturhistorisch bedeutsamen Monumente und Bauwerke, die einzigartige Landschaft, Mythen und Sagen der Rheinromantik, der exzellente Wein, der Rheinsteig und der Burgenwanderweg, die Radwege sowie viele, private und öffentliche Projekte und Initiativen lassen auch heute noch den Besuchern den Atem stocken. Die Bahn, anstatt wie früher Touristenströme an den Rhein zu bringen und darüber hinaus bei den Transitreisenden für das Zugfahren und für das Rheintal zu werben, zerstört durch den inzwischen 24 Stunden andauernden Güterbahnlärm sämtliche Hoffnungen und Perspektiven. Wer hier lebt, muss mit einem vielfach höheren Risiko rechnen, einen Herzinfarkt oder Schlaganfall zu erleiden oder an stressbedingten Krankheiten wie beispielsweise Bluthochdruck, Nierenleiden oder Brustkrebs zu erkranken.

Obwohl dieses Risiko inzwischen niemand mehr ernsthaft bestreiten kann und Politiker aller Parteien darüber umfassend informiert sind, steht nicht etwa ein Lärmschutzprogramm oder eine Verlagerung der Trassen auf der Agenda, sondern ganz im Gegenteil soll jetzt stufenweise der Güterbahnverkehr weiter gesteigert werden.

Im Masterplan des Bundesverkehrsministeriums sind dafür auf der Rheintalstrecke über 800 Millionen Euro eingeplant, um durch ein elektronisches Leitsystem noch mehr Züge in noch dichteren Abständen auf die vier Trassen zu bringen und so die Menschen nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Frank Gross vom Bürgernetzwerk Pro Rheintal dazu: „Das ist eine brutale Vergewaltigung bürgerlicher Grundrechte, denn aus den seit Jahren anhaltenden Güterverkehrssteigerungen und Gewinnen für Bund und Bahn resultieren auf der anderen Seite gesundheitliche Schäden für die Bewohner und finanzielle Verluste für die Regionen und Kommunen, ohne dass dies Konsequenzen für Bund und Bahn hätte.“

Mit anderen Worten: das rechtliche Konstrukt für Immissionsschutz an Bahnlinien wurde vom Inhaber, dem Bund, der gleichzeitig auch Gesetzgeber ist, so konstruiert, dass hier quasi passieren kann, was will. Solange man keine neue Trasse baut, gelten die um 11 dB schlechteren (mehr als dreimal so laut) Lärmschutzwerte, und selbst

die müssen nicht eingehalten werden. Im Gegenteil, man hat den Betreibern von rund 600.000 veralteten Güterwaggons in Europa (davon 135.000 deutsche), die zum Teil noch aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges stammen, auf deutschen Trassen ein uneingeschränktes Betriebsrecht bei Tag und Nacht erteilt. Da klingt es wie Hohn für die Anwohner, wenn das Ganze noch mit dem Begriff „diskriminierungsfreier Zugang zum Netz“ verkauft wird. Ob die Menschen dabei krank werden oder Regionen untergehen, scheint keine Rolle zu spielen.

Als Trostpflaster werden immer wieder „Scheinprojekte“ über die Medien verkündet, wie zum Beispiel das Projekt „Leiser Rhein“, bei dem man bereits 2007 den Betreibern von Waggons angeboten hat, die Umrüstung von 5.000 Waggons auf moderne Bremssysteme mit dem Geld des Steuerzahlers zu unterstützen. Bis heute gibt es dafür ganze 1250 Anträge, also noch nicht einmal ein Prozent des deutschen Wagenbestands, und kein einziger Waggon wurde bislang umgerüstet.

Fazit ist, dass weiterhin keine Aussichten auf vernünftigen Lärmschutz bestehen, sondern noch mehr Güterverkehr durch das Rheintal fließen soll, der das Leben für Anwohner wie für Touristen unerträglich macht.

Es ist daher nicht nur verständlich, sondern zwingend notwendig, so der Pro-Rheintal-Vorsitzende, dass sich die Menschen, Kommunen und Kreise vom Oberrhein bis zum Niederrhein zusammenschließen und am Samstag, 7. Mai 2011, in Rüdesheim zu einer großen Demonstration zusammenfinden, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Die Landräte und Bürgerinitiativen haben dazu aufgerufen. Beteiligte Kreise aus der Mittelrheinregion sind neben Rhein-Lahn- und Rheingau-Taunus-Kreis auch die Landkreise Mainz-Bingen, Rhein-Hunsrück und Neuwied. Frank Gross dazu: „Es geht hier nicht mehr um die langfristige Interessenabwägung einer mächtigen Transportwirtschaft gegenüber einer schwachen Region und ihrer Menschen, sondern es geht um die Wahrung von Grundrechten durch sofortige Schutzmaßnahmen, denn die Körperverletzung durch Lärm ist vermeidbar, indem man veraltetes Gerät instandsetzt. Hier sind die Politiker aller Instanzen gefordert und aufgerufen zu erklären, was sie dagegen zu tun gedenken und wer dafür letztendlich die Verantwortung trägt – denn es braucht eine politische Lösung.“

Das Bürgernetzwerk Pro Rheintal will diese Verantwortlichkeit in den kommenden Wochen und Monaten klären und bittet alle Mitbürger, Firmen und Institutionen, dieses Projekt zu unterstützen und an der

Demonstration am 7. Mai in Rüdesheim teilzunehmen. Weitere Infos unter: www.pro-rheintal.de.

Kontakt:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel: 06742 801069-0
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Bild 1: Boppards herrliche Rheinuferpromenade – leider fahren auf der gegenüberliegenden Rheinseite die Güterzüge im Minutentakt mit einem Lärmpegel von 100 dB(A).



Bild 2: Zertrümmert und zugemauert – das stadtbildprägende Kloster Marienberg in Boppard, das direkt an der Bahntrasse liegt!